

Die Europäische Union: Gefahr der Desintegration

– EuroMemorandum 2017 –

Zusammenfassung

Einleitung

Die Krise der Europäischen Union (EU) ist komplex und hat sich während des letzten Jahres zusehends vertieft. Das britische Referendum über die EU-Mitgliedschaft und die Entscheidung für den Brexit waren nur das klarste Zeichen der Gefahren für die europäische Integration. Die Polarisierung zwischen den Kernländern und der Peripherie der Eurozone hält an. Der große Zustrom von Flüchtlingen aus kriegszerrütteten Gebieten im Mittleren Osten hat innerhalb der EU zu erbitterten Konflikten über die Zuständigkeitsfrage geführt. Die Art und Weise, mit der die Befürworter des Freihandels das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) durchsetzten, machte eine völlige Gleichgültigkeit gegenüber Einwänden von demokratisch gewählten Organen deutlich (z.B. die belgischen Regionen Wallonie und Brüssel).

Angesichts der komplexen Krise gibt es von den Sozialdemokraten bis hin zu den rechten nationalistischen Kräften einen breit getragenen Konsens für eine stärkere Militarisierung der EU. Ansonsten sind unterschiedliche Strategien für den Umgang mit der Krise erkennbar. Die vorherrschende Antwort, die von der Mehrheit der christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen Kräfte vertreten wird, ist Muddling-Through ('Sich-Durchwurschteln'). Dieser Ansatz führt den neoliberalen Integrationsansatz fort und ist bemüht, die bestehende geografische Struktur der Eurozone und des Schengen-Raums zu bewahren. Er wird den zunehmenden Trend zur Desintegration höchstwahrscheinlich nicht aufhalten können. Es gibt zwei Nebenformen des Muddling-Through. Insbesondere Sozialdemokraten in Frankreich und im Mittelmeerraum setzen sich für Muddling-Through mit einem größeren fiskalischen Handlungsspielraum und mehr öffentlichen Investitionen ein. Die andere Nebenform befürwortet einen kleineren Schengen-Raum mit strengeren Grenzkontrollen. Sie wird von einem relativ breiten Spektrum an Kräften insbesondere in Deutschland, Österreich und Zentralosteuropa vertreten. 'Kerneuropa'-Strategien mit einer kleineren und homogeneren Eurozone werden von rechten nationalistischen Kräften wie der Lega Nord in Italien, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der Alternative für Deutschland (AfD), aber auch einigen christdemokratischen Kreisen befürwortet. Im rechten Spektrum gibt es schließlich Konzepte für 'Ein Europa der Nationen', die tendenziell dafür plädieren, dass sich der europäische Integrationsprozess auf den gemeinsamen Binnenmarkt und damit verbundene wirtschaftliche Regulierungen konzentriert und der Handlungsspielraum für nationale Wettbewerbsstrategien vergrößert wird. Rechte nationalistische Parteien wie Fidesz in Ungarn und Prawo i Sprawiedliwość (PiS) in Polen messen außerdem regionalen Förderstrukturen große Bedeutung für die Integration bei. Einige Kräfte der nationalistischen Rechten tendieren sogar für einen Austritt aus der EU.

Auch im linken politischen Spektrum gibt es unterschiedliche Strategien. Einige Kräfte setzen sich für einen demokratischen europäischen Föderalismus ein. Die politischen Voraussetzungen für diesen

Ansatz sind äußerst schwierig durchzusetzen. Für andere linke Kräfte ist ein demokratischer europäischer Föderalismus keine realistische Lösung mehr, da die EU-Institutionen so aufgebaut sind, dass der Druck der Bevölkerung kaum noch durchdringen kann. Diese Kräfte schlagen einen explizit sozial ausgerichteten Kurs vor, indem EU-Verordnungen abgelehnt und die Eurozone sogar aufgegeben wird, falls progressive Reformen anders nicht möglich sind.

1. Makroökonomische und entwicklungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung von Austerität und ungleicher Entwicklung

Seit Ende 2014/ Anfang 2015 hat die offizielle EU-Politik zwei Initiativen angestoßen, um die Konjunktur anzukurbeln: den 'Juncker Plan' und präzisere Regeln zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit dem Ziel, den fiskalischen Handlungsspielraum der Mitgliedsstaaten zu vergrößern. Das Ergebnis dieser zaghaften Versuche, die Nachfrage außerhalb der Geldpolitik zu stimulieren, ist enttäuschend: Die Eurozone hat sich noch lange nicht nachhaltig erholt. Die nachlassende weltweite Konjunktur und die Unsicherheiten infolge des Brexit-Votums schwächen die wirtschaftliche Erholung nun noch deutlich mehr.

Die makroökonomische Politik in der EU muss einen anderen Ansatz verfolgen, der kurzfristig eine deutliche und nachhaltige wirtschaftliche Erholung mit Vollbeschäftigung und fairem Wachstum fördert und langfristig eine gleichmäßige Entwicklung vorantreibt, die die offensichtlichen makroökonomischen Ungleichgewichte verhindert. Der aktuelle makroökonomische Kurs – eine Kombination aus fiskalischer Austerität und einem Abwertungswettlauf, der durch 'Strukturreformen' auf dem Arbeitsmarkt angetrieben wird – hat nicht nur Arbeitnehmerrechte beschnitten, die Gewerkschaften geschwächt und den Sozialstaat abgebaut, sondern ist auch komplett erfolglos in der Erreichung von Wachstum und gleichmäßiger Entwicklung gewesen.

Eine überzeugende Alternative muss auf mindestens sechs wichtigen Reformen basieren. (1) Die Forderung nach ausgeglichenen Haushalten muss durch die Forderung nach 'ausgeglichenen Volkswirtschaften' ersetzt werden, die das Ziel eines hohen und stabilen Beschäftigungsniveaus beinhaltet. (2) Langfristig sollte es ein größeres EU-Budget geben, um sowohl EU-weite Investitionen, öffentliche Güter und Dienstleistungen zu finanzieren als auch eine antizyklische europäische Fiskalpolitik zur Unterstützung nationaler fiskalpolitischer Maßnahmen zu etablieren. (3) Ein erfolgsversprechender politischer Kurs sollte nicht nur auf generelles Wachstum, sondern auch auf die Überwindung von Disparitäten zwischen unterschiedlichen Regionen und Sektoren abzielen. (4) Eine langfristige europäische Investitionsstrategie, die die europäische, nationale und lokale Entwicklung fördert, ist erforderlich. (5) Der derzeitige deflationäre Abwertungswettlauf sollte durch strategische Lohnzuwächse, die eine gerechte Teilhabe der Arbeiter am Wachstum und stabile Inflationsraten ermöglichen, ersetzt werden. (6) Effektive Maßnahmen zur Bekämpfung des Steuerwettbewerbs sind notwendig.

2. EU-Geld- und Finanzmarktpolitik: Ist die Grenze erreicht?

Die EZB führte ihre sehr lockere Geldpolitik 2016 sogar in verstärktem Maße fort. Es gibt allerdings Anzeichen, dass diese Politik an ihre Grenzen stößt. Während der Krise hat die EZB weitreichende neue Befugnisse und Zuständigkeiten erhalten, wodurch ihre Unabhängigkeit von allen politischen Instanzen in der EU eine immer größere Verletzung demokratischer Prinzipien darstellt. Die wesentliche EU-Initiative im Bereich der Finanzmärkte, die Kapitalmarktunion, ist kaum in der Lage, einen maßgeblichen wirtschaftlichen Anstoß zu geben und gerät durch Großbritanniens bevorstehenden Austritt aus der Union wohl in ernsthafte Schwierigkeiten.

3. Migration und Solidarität in der EU

Migration innerhalb und von außerhalb der EU hat die Einheit und Solidarität der EU ernsthaft belastet. Sie war ein wesentlicher Faktor in der Brexit-Debatte und bestimmte das finale Ergebnis von Juni 2016 mit. Migration ist auch das wichtigste Sammelthema für rechte Bewegungen und Parteien in der ganzen EU geworden, von Polen im Osten bis zu Frankreich im Westen. Die Fakten zum Thema

Migration werden dabei kaum beachtet. Es gibt unterschiedliche Migrationsbewegungen mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und politischen Dynamiken. In einigen Ländern wie Großbritannien gilt Migration innerhalb der EU aus den osteuropäischen Ländern als 'Problem', obwohl diese unter die EU-weit festgelegte 'Personenfreizügigkeit' fällt. In anderen Staaten wie Deutschland ist eher Migration aus Ländern außerhalb der EU Streitpunkt. Einige Länder wie Polen haben mehr als eine Million Migranten in andere EU-Länder geschickt, während sie sich selbst stark gegen Migranten aus Ländern außerhalb der EU, insbesondere aus Syrien und anderen Teilen des Mittleren Ostens und Nordafrikas, aussprechen.

Es wird behauptet, dass unter Druck gesetzte gesellschaftliche Ressourcen und Gefahren für die nationale und kulturelle Identität Probleme sind, die mit der Migration verbunden sind. Doch während Ersteres eher aus einer jahrelang vernachlässigten staatlichen Grundversorgung unter verschiedenen neoliberalen wirtschaftspolitischen Kursen resultiert, ist Letzteres mehr eine Entschuldigung dafür, 'Andere' für soziale und wirtschaftliche Probleme der Armen verantwortlich zu machen. Diese begründen sich allerdings teilweise in genau denselben neoliberalen Freihandels- und Globalisierungsmaßnahmen. Es gibt sehr wenig Anzeichen für einen Missbrauch von Sozialleistungen der Einwanderungsländer durch Migranten.

Es gibt Alternativen zu den derzeitigen fremden- und einwanderungsfeindlichen Maßnahmen in der EU. Mittelfristig muss kulturelle und politische Arbeit dafür sorgen, dass der Wert, den Migration für die Zielländer hat, öffentlich wahrgenommen wird. Kurzfristig sind wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen vorhanden, um den Druck auf die Zielregionen zu reduzieren und gleichzeitig die Menschen, die zur Flucht in die EU gezwungen wurden, zu unterstützen.

4. Rechter und wirtschaftlicher Nationalismus in der EU: Ursprünge, Programme und Antworten

Die komplexe Krise der EU hat den Anstieg rechter nationalistischer Kräfte in Europa begünstigt. Die nationalistische Rechte umfasst eine große Bandweite, die von nationalistisch liberal-konservativen bis zu offen faschistischen Kräften reicht. Einige von ihnen vertreten Programme, die eher neoliberal sind, während andere neoliberale mit national-konservativen Elementen verbinden. Teilweise werden auch heterodoxe Elemente mit eingeschlossen. Die Sozialpolitik ist durch einen Mix aus Workfare-Elementen und konservativen Maßnahmen gekennzeichnet. Letztere zielen auf die Wiederherstellung 'traditioneller' Geschlechterrollen ab. In mehreren westeuropäischen Ländern mit größeren Bevölkerungsanteilen mit Migrationshintergrund setzen sich rechte nationalistische Parteien massiv für eine 'nationale Bevorzugung' ein. Gegenstrategien sollten nicht einfach nur 'europäische' und 'nationale' Strategien gegenüberstellen. Vielmehr sollte ein inklusiver und egalitärer Kurs eingeschlagen werden, der den Verfall peripherer Regionen und vieler ländlicher Gebiete angeht. Solche Strategien sollten in dem territorialen Rahmen stattfinden, wo die Erfolgchancen am größten sind. Oft ist dies eher die nationale als die EU-Ebene.

5. Europäische Außenbeziehungen

Seitdem die Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership, TTIP) vorübergehend ausgesetzt wurden und der Ratifizierungsprozess des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement, CETA) mit Kanada initiiert wurde, ist Letzteres ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerutscht. Doch bewerten viele Vertreter der linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen CETA als genauso rückschrittlich im Hinblick auf Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wie TTIP. Eine der umstrittensten Klauseln betrifft das alleinige und einseitige Recht transnationaler Unternehmen, Regierungen vor privaten Schiedsgerichten für Verluste, die sie infolge von Gesetzesänderungen erlitten haben, zu verklagen. Auch wenn in CETA erklärt wird, dass 'die Vertragsparteien ihr Recht, zur Erreichung legitimer politischer Ziele [...] in ihrem jeweiligen Gebiet regelnd tätig zu werden' bekräftigen, genügt die Möglichkeit, vor Schiedsgerichtsprozessen mit drohenden immensen Entschädigungszahlungen zu enden, um das Handeln von Regierungen lahmzule-

gen. Angesichts der enormen Präsenz von US-Unternehmen in Kanada könnten diese durch CETA einen großen Teil der Ziele von TTIP durchsetzen. Da CETA noch durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden muss, sollte insbesondere auf Ebene der Mitgliedsstaaten Widerstand gegen CETA geleistet werden.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) ist in Schwebe geraten. Die Östliche Partnerschaft schlägt seit dem Beginn der Ukraine-Krise, für die sie teilweise verantwortlich ist, fehl und im Süden und insbesondere Südosten des Mittelmeerraums toben Bürgerkriege. Die ENP wird daher auf ihren beiden Fronten Kollateralopfer der Konfrontationspolitik der USA gegenüber Russland. Mit der Ukraine-Krise wurde der Weg für Interventionen von Außen freigemacht, wodurch Spaltungen innerhalb der EU verstärkt werden. Sie offenbart und verstärkt auch die Unfähigkeit der EU, unabhängig zu agieren. Trotz der katastrophalen Lage im Land blockiert die ukrainische Regierung unter Beeinflussung der unklaren Haltung der USA die Umsetzung des Minsker Abkommens, das von der EU aufgestellt wurde. Gleichzeitig tendiert Russland dazu, Paris und Berlin zu umgehen, um direkten Kontakt zu Washington zu haben. Der Ansatz der ENP ist es gewesen, Länder in der EU-Nachbarschaft dazu zu bewegen, Teile des *acquis communautaire* der EU zu übernehmen. Eine derartige Integration verstärkt Tendenzen zur Deindustrialisierung in der Peripherie. Zudem hat sie in einigen Fällen wie der Ukraine und Moldawien innere geopolitische Konfliktlinien vertieft. Anstatt tiefgreifenden Freihandel und untergeordnete Integration zu fördern, sollte die Nachbarschaftspolitik der EU beiderseitig vorteilhafte Kooperationen zum Beispiel auf Branchenebene anstreben.

Dieses EuroMemorandum stützt sich auf Diskussionen und Arbeiten, die auf dem 22. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vom 15.–17. September 2016 in Coimbra, Portugal präsentiert wurden. Der Workshop wurde von der EuroMemo Gruppe in Kooperation mit der wirtschaftlichen Fakultät der Universität Coimbra organisiert. Die deutsche Übersetzung des EuroMemorandum 2017 entstand mit Unterstützung von transform! europe.

Für das vollständige **EuroMemorandum 2016** schreiben Sie eine E-Mail an info@euromemo.eu oder besuchen Sie unsere Webseite:

www.euromemo.eu